

## **Wenn Amerika erfolgreich sein will, muss es das Streben nach globaler Dominanz vergessen und akzeptieren, dass sich die Welt verändert hat**

Von Tom Fowdy  
26 Jan, 2021 15:05

Joe Biden scheint darauf bedacht zu sein, die Rolle der USA als "Weltpolizist" zu bekräftigen. Aber das spiegelt nicht die Art und Weise wider, wie sich die Welt entwickelt hat, und eine Position, die nicht von einem amerikanischen Primat ausgeht, würde helfen, unnötige Konflikte zu vermeiden.

1991 rief US-Präsident George H.W. Bush am Vorabend des Golfkrieges eine "neue Weltordnung" aus. Die Rede markierte einen Wendepunkt in der Geschichte. Die Sowjetunion lag in den letzten Zügen, und der baathistische Irak unter Saddam Hussein stand kurz davor, nach der Besetzung Kuwaits die Last der nun unangefochtenen globalen Dominanz Amerikas zu spüren. Für den älteren Präsidenten Bush würde die Ankunft der US-Unipolarität und der Anbruch eines *"neuen amerikanischen Jahrhunderts"* seinem Land eine offene Leinwand geben, um seine Vision in der ganzen Welt zu verwirklichen und so seine Position als "globaler Polizist" zu etablieren.

Dreißig Jahre sind seitdem vergangen. Die Welt hat sich verändert, nicht aber das Selbstverständnis Amerikas. Die Vision einer "neuen Weltordnung", von der Bush sprach, hat sicherlich ihre Spuren hinterlassen. Es gab eine sporadische Anzahl von Konflikten, die die USA angeführt oder in die sie eingegriffen haben, darunter auf dem Balkan, in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien. Sie konfrontieren weiterhin regionale Gegner wie den Iran, die Taliban und Nordkorea, die allesamt als Bedrohung dargestellt werden, während sie weitergehende geopolitische Auseinandersetzungen mit Russland und China führen, die als Herausforderer der von ihnen aufgebauten Welt wahrgenommen werden.

Das Jahr 1991 ist zwar lange vorbei, aber sein Erbe lebt weiter. Wie in einem Artikel von Stephen Wertheim (\*) in Foreign Affairs dargelegt, leidet Amerika unter *"Wahnvorstellungen von Dominanz"*, dem ungebrochenen Glauben, dass die USA weiterhin jede Region der Welt um jeden Preis explizit dominieren müssen, und dass ein solches Engagement, sei es im Nahen Osten oder in Ostasien, als kompromissloser altruistischer Kampf zwischen Gut und Böse gerahmt wird. (1)

Der Artikel stellt fest, dass es dieser Kreislauf der unendlichen Militarisierung und Überdehnung ist, der die Ursache für viele der Probleme Amerikas ist, und mit der neuen Regierung von Joe Biden, die versprochen hat, die amerikanische Vormachtstellung durch "multilaterale Führung" und eine Rückkehr zur NATO wiederherzustellen, wird er nicht verschwinden. Die neue Regierung muss eine realistische und pragmatische Außenpolitik anstreben, nicht eine chauvinistische.

Vielleicht war das Einzige, was Donald Trump während seiner gesamten Präsidentschaft richtig gemacht hat - trotz der großen Widersprüche, die von der

Anzahl der Neokonservativen um ihn herum präsentiert wurden - seine Überzeugung, dass die USA nicht der Weltpolizist sind und dass die Verfolgung endloser Konflikte, insbesondere im Nahen Osten, nicht im nationalen Interesse liegt.

Er betrachtete amerikanische Allianzen in transaktionalen Begriffen, im Gegensatz zu Wertgefühlen, und obwohl diese Politik nie wirklich Sinn machte - angesichts der Tatsache, dass seine Kollegen die Konfrontation mit dem Iran verdoppelten und schworen, Ostasien weiter zu militarisieren - waren seine Versuche, die USA aus Afghanistan zurückzuziehen, sich aus Syrien zurückzuziehen und andere Truppenabzüge zu verfolgen, lobenswert. Alles war ein Chaos, doch er hatte ein sinnvolleres und ehrlicheres Maß dafür, was das "nationale Interesse" wirklich war, so eng es auch gewesen sein mag.

Doch Trumps isolationistische Ader wurde von den Mainstream-Liberalen als einer der Gründe gebrandmarkt, warum er jetzt in Ungnade gefallen ist. Dem ehemaligen Präsidenten wird vorgeworfen, Amerikas Glaubwürdigkeit in der Welt zu untergraben und die Annahme in Frage zu stellen, dass es sich jeder Region unaufhörlich widmet und seine Präsenz dauerhaft ist.

Und so hat die Biden-Administration, obwohl sie Elemente der *"America first"*-Agenda beibehalten hat, versucht, sich als *"Amerika ist zurück"* auf der globalen Bühne darzustellen und hat innerhalb ihrer ersten Woche schnell eine Liste von Feinden zusammengestellt, die es zu konfrontieren gilt. Der neue Präsident hat Russland wieder auf die Tagesordnung gesetzt, geschworen, China, den Iran und Nordkorea zu konfrontieren und das Friedensabkommen mit den Taliban [zu überprüfen](#), was leicht einen weiteren Zyklus nicht endender Konflikte auslösen könnte. Aber wir leben nicht mehr in einer Welt unendlicher amerikanischer Vorherrschaft, was ein Problem für dieses Ausblenden multipler Prioritäten schafft. Die binäre Rahmung der US-Außenpolitik als "Gut gegen Böse" übersieht die eigenen schlammigen Fußspuren des Landes und die Art und Weise, wie seine Handlungen Verwüstung angerichtet und Konflikte, Unruhen und Störungen provoziert haben, wobei der Wertheim-Artikel zum Beispiel das nicht enden wollende Streben nach einer NATO-Erweiterung erwähnt.

Erst letzte Woche verurteilte das Weiße Haus China für seine Militärübungen in der Nähe von Taiwans Luftraum und vergaß dabei scheinbar, wie die Aktionen Washingtons selbst, die Insel als Bollwerk gegen Peking zu fördern, solche Spannungen provoziert haben. Es gibt ein Muster, wie jedes Thema angegangen wird, und die Liste ist bei weitem nicht erschöpfend. Jahrzehntlang wurde die US-Politik von einem nicht enden wollenden Kreislauf aus Drohungen und dem Schüren von Ängsten angetrieben, was wiederum zu immer neuen Konflikten führte.

Nichts davon garantiert jedoch, dass Amerika zu seiner einstigen Vormachtstellung zurückkehren kann. Trumps eher isolationistische Vision war 2016 gerade deshalb attraktiv, weil sie versprach, die einfachen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen, und damit einen Kontrast zur globalisierten Agenda von Barack Obama und anderen bildete.

Das hat in der Praxis nicht funktioniert, aber das bedeutet nicht, dass die Idee, dass die USA ihren Ansatz neu kalibrieren, von Natur aus falsch war. Wenn Amerika zum Beispiel weiterhin argumentiert, es wolle Afghanistan "beschützen" und die Taliban

stoppen, wird der Sumpf niemals enden. Wenn es glaubt, den Aufstieg Chinas blockieren und Peking in die Schranken weisen zu können, wird es sich isoliert sehen, und wenn es die NATO in Osteuropa weiter ausbaut, wird es zu mehr Instabilität und Konflikten kommen.

Es sollte also einen neuen Weg geben, einen besseren und einen pragmatischeren Weg. Die USA müssen aufhören, ihre Außenpolitik in Begriffen der "globalen Nullsummen-Dominanz um jeden Preis" zu formulieren und ihre nationalen Interessen zu verfeinern. Das bedeutet, wie Wertheim betont, dass sie lernen müssen, mit denen zu leben, die sie verabscheuen. Nicht vor ihnen zu kapitulieren, sondern ein Gleichgewicht zu finden, Kompromisse und Koexistenz anzunehmen, im Gegensatz zum Triumphalismus von 1991 einer "neuen Weltordnung", in der Amerikas Weg der einzige Weg ist.

Wenn das so weitergeht, dann werden die Biden-Jahre eine Enttäuschung sein. Doch wenn es Pragmatismus geben kann, dann könnte Amerika gerade in der Lage sein, zu gedeihen - und, standardmäßig, vor anderen zu bleiben.

#### Hinweise

(\*) <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2021-01-25/delusions-dominance>

## **Wahnvorstellungen von Dominanz Biden kann die amerikanische Vormachtstellung nicht wiederherstellen - und sollte es auch nicht versuchen**

Von [Stephen Wertheim](#)

Januar 25, 2021

Vor vier Jahren, als Joe Biden sich darauf vorbereitete, die Vizepräsidentschaft abzugeben, [sagte er dem Weltwirtschaftsforum](#), dass die Vereinigten Staaten weiterhin die "liberale internationale Ordnung" anführen und "unsere historische Verantwortung als unverzichtbare Nation erfüllen" würden. Die folgenden Jahre waren nicht freundlich zu Bidens Beteuerungen. Präsident Donald Trump lehnte eine weltordnende Rolle für die Vereinigten Staaten ab und entfesselte stattdessen einen "America first"-Nationalismus. Noch wichtiger ist vielleicht, dass Trump die geringe innenpolitische Unterstützung für die hochtrabenden Abstraktionen aufdeckte, für die die außenpolitischen Eliten die Soldaten kämpfen und die Bürger bezahlen lassen. Zum Zeitpunkt seiner Präsidentschaftskampagne im Jahr 2020 sprach Biden nicht mehr viel über die liberale internationale Ordnung oder die Unverzichtbarkeit Amerikas. Er betonte die Heilung der inneren Wunden des Landes und die [Beeinflussung anderer](#) "nicht nur durch das Beispiel unserer Macht, sondern durch die Macht unseres Beispiels."

Aber Biden wird viel mutiger sein müssen, wenn seine Präsidentschaft erfolgreich sein soll. Er erbt eine seit langem bestehende große Strategie der USA, die systemisch kaputt ist und die keine tonale Anpassung oder politische Nuance beheben kann. Drei Jahrzehnte lang haben die aufeinanderfolgenden Präsidenten - Trump eingeschlossen - die Kriege, Vorwärtsbewegungen und Verteidigungsverpflichtungen der USA kontinuierlich ausgeweitet, um eine bewaffnete Vorherrschaft auf der ganzen Welt zu erreichen. Der Preis der Vorherrschaft, [wie ich](#) letztes Jahr [auf diesen Seiten schrieb](#) ("Der Preis der Vorherrschaft", März/April 2020), war hoch. Durch das Streben nach globaler Dominanz und nicht nur nach der eigenen Verteidigung haben sich die Vereinigten

Staaten eine Welt von Gegnern geschaffen. Diese Antagonisten haben wiederum die Kosten und Gefahren der Vorherrschaft weiter erhöht. Infolgedessen hat die US-Außenpolitik in ihrem wesentlichsten Zweck versagt: Sie hat die amerikanische Bevölkerung dort, wo sie lebt, weniger sicher gemacht.

Die Biden-Administration tritt ihr Amt mit der Absicht an, [die amerikanische Vormachtstellung wiederherzustellen](#), nicht ihre Zerstörung zu beaufsichtigen. Doch die Realitäten werden sich einmischen. Während Biden in seinen ersten Tagen dringende Prioritäten angeht - die Demokratie zu Hause wiederherstellen, eine massenmörderische Pandemie beenden, das Klimachaos abwenden, die US-Diplomatie retten - wird er, wenn er genau hinsieht, feststellen, dass die Lasten der Vorrangstellung seinen eigenen Zielen auf Schritt und Tritt widersprechen.

## **DURCHBRECHEN DES KREISLAUFS**

Biden hat unmittelbare Entscheidungen zu treffen, die ihn entweder auf einen konstruktiven Kurs bringen oder [ihn](#) auf die gleiche Art und Weise, über die gleichen Themen, wie seine Vorgänger [verstricken](#) werden. Er hat versprochen, die "ewigen Kriege" der Vereinigten Staaten zu beenden und die [Diplomatie im größeren Nahen Osten zu verbessern](#). In seinen ersten hundert Tagen wird er zwei zeitlich begrenzte Möglichkeiten haben, dies zu tun. Erstens kann er das Atomabkommen mit dem Iran von 2015 wiederbeleben und den Druck in Richtung Krieg vor den iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni umkehren. Zweitens kann er sich an das Doha-Abkommen mit den Taliban halten und bis Mai alle US-Truppen aus Afghanistan abziehen. Bei beidem wird er große Schritte machen müssen oder seine Bemühungen später scheitern sehen.

Der Wiedereinstieg in das Atomabkommen wird nicht einfach sein, nachdem die Trump-Administration den Iran sinnlos dafür bestraft hat, dass er seinen Teil der Abmachung einhält. Aber Biden wird noch mehr Disziplin und Kreativität benötigen, um die strategischen Änderungen vorzunehmen, die nötig sind, damit das Abkommen Bestand hat. Die Obama-Regierung litt unter übertriebener Bescheidenheit, als sie das Abkommen 2015 abschloss. Dem heimischen Publikum gegenüber behauptete sie, der Iran bleibe eine große Bedrohung für die Vereinigten Staaten. Im Nahen Osten kompensierte sie die Feinde des Irans mit Hilfe, Waffenverkäufen und Unterstützung für den von Saudi-Arabien geführten Krieg im Jemen. Diese Zugeständnisse waren sinnvoll, wenn das Ziel darin bestand, die militärische Vorherrschaft der USA im Nahen Osten zu erhalten. Aber sie schürten auch die Kräfte, die die Vereinigten Staaten dazu brachten, das Atomabkommen unter Trump zu verlassen.

Die Biden-Administration muss die richtige Lektion lernen. Sie sollte nicht nur sofort zur Einhaltung des Abkommens zurückkehren und jede Versuchung vermeiden, Trumps Sanktionen als Druckmittel zu benutzen, sondern sie sollte ohne Umschweife eine neue Ära normaler diplomatischer Beziehungen mit dem Iran anstreben. Anstatt die US-Partner in der Region zu belohnen, sollte Biden sein Versprechen einlösen, die US-Unterstützung für die saudische Intervention im Jemen zu beenden, die Waffenverkäufe an das Königreich zu kürzen und die Hilfe für Israel zu reduzieren. Solche Maßnahmen sind [einfach das, was erforderlich ist](#), um die amerikanische Diplomatie im Nahen Osten zu retten. Im gleichen Zug würde die Biden-Administration aber auch die große Strategie der USA in der Region ändern und die

Vereinigten Staaten von ihrer übermäßigen Identifikation mit der einen Akteurskonstellation gegen die andere befreien.

### **Biden erbt eine seit langem bestehende große Strategie der USA, die systemisch gebrochen ist.**

Afghanistan bietet eine weitere frühe Gelegenheit für Biden, schnelle und nachhaltige Verbesserungen zu erzielen. Die Trump-Administration hat ihm nur 2.500 Bodentruppen im Land übergeben und eine Vereinbarung, den Rest abzuziehen. Biden sollte den unfreiwilligen Gefallen annehmen. Seine beste Chance, den Krieg der Vereinigten Staaten in Afghanistan zu beenden, ist jetzt. Er sollte einen vollständigen Rückzug des Militärs anordnen und seinen Wahlkampfplan, eine Resttruppe zur Terrorismusbekämpfung zurückzulassen, aufgeben. Eine solche Truppe ist unnötig, um Terroranschläge von Afghanistan aus abzuschrecken, wo die Vereinigten Staaten ihre Mission, Al Qaida zu dezimieren und die Taliban zu bestrafen, längst erfüllt haben. Wenn man sich jetzt nicht vollständig zurückzieht, würde das Abkommen zwischen den USA und den Taliban, das Biden geerbt hat, aufgekündigt werden, was die Taliban veranlassen würde, die Gespräche aufzugeben und weitere Erfolge auf dem Schlachtfeld zu erzielen.

Einige US-Beamte werden zweifelsohne anderer Meinung sein und für einen verzögerten Abzug plädieren, um den Parteien innerhalb Afghanistans mehr Zeit zu geben, eine endgültige Lösung auszuhandeln. Aber solche Verhandlungen können auch ohne US-Truppen stattfinden, deren Anwesenheit die Afghanen sogar daran hindern könnte, selbst ein stabiles Gleichgewicht zu finden. Für die Vereinigten Staaten werden halbe Maßnahmen einen endlosen Krieg verewigen. Wenn Biden anfängt, die Ziele für den Abzug nach hinten zu verschieben, wird er Kritiker im eigenen Land ermutigen, zu argumentieren, dass die US-Streitkräfte unter allen Umständen bleiben müssen, sei es, um hart erkämpfte Errungenschaften zu erhalten oder um weitere Verluste zu verhindern.

### **EINE NEUE STRATEGISCHE LOGIK**

Wenn Biden entschlossen handelt, wird er aus seinen ersten sechs Monaten hervorgehen, in denen er den Griff der alten strategischen Logik gebrochen und den Beweis für das Konzept einer neuen etabliert hat, die die erkennbaren Interessen des amerikanischen Volkes über das vergebliche Streben nach globaler Dominanz stellt. Während er sich diplomatisch mit dem Iran auseinandersetzt und den Krieg der Vereinigten Staaten in Afghanistan beendet, wird Biden mit den vorhersehbaren Vorwürfen konfrontiert werden, die US-Partner im Stich zu lassen und die US-Gegner zu ermutigen. Zum Beispiel hat [H. R. McMaster](#), Trumps ehemaliger nationaler Sicherheitsberater, behauptet, dass ein Rückzug der US-Streitkräfte das schlechte Verhalten des Iran, der Taliban und anderer nicht zähmen würde.

Biden kann die "Bully Kanzel" nutzen, um zu zeigen, wie sehr solche Argumente am Thema vorbeigehen. Es geht nicht darum, den Iran oder die Taliban in wohlwollende Akteure zu verwandeln; es geht vielmehr darum, sie nicht länger zu Bedrohungen und Problemen für die Vereinigten Staaten zu machen. Der Iran wird seine böartigen Aktivitäten im Nahen Osten fortsetzen, und die Taliban werden repressiv bleiben, aber sie hätten wenig davon, die USA ins Visier zu nehmen, wenn die USA aufhören würden, zu versuchen, die Ereignisse in ihrer Nachbarschaft zu

kontrollieren. Indem sie grandiose Ziele aufgeben, können sich die Vereinigten Staaten unnötiger Feinde entledigen und sich frei machen, ihre Interessen durchzusetzen. Sie können die Kontrolle über ihre Außenpolitik zurückgewinnen.

Nach den ersten Erfolgen im Nahen und Mittleren Osten könnte die Regierung ihre strategische Logik auch anderswo anwenden: sich von den Fronten zurückziehen, um die Verbindlichkeiten der USA zu reduzieren und die wichtigen Erfolge zu erzielen. Nordkorea ist dafür ein Paradebeispiel. Nachdem jeder Versuch, das Regime von Atomwaffen zu befreien, gescheitert ist, sollten die Vereinigten Staaten ein anderes Spiel spielen. Sie sollten akzeptieren, dass das Regime auf absehbare Zeit nuklear bewaffnet sein wird, die Friedenskonsolidierung auf der Halbinsel fördern und sich um eine Normalisierung der Beziehungen bemühen. Eines Tages könnte es sogar in der Lage sein, die US-Truppen aus dem Süden abzuziehen. Ein solches Vorgehen ist der beste Weg, der Bedrohung durch den Norden zu begegnen - nicht, indem man alle seine Bomben entschärft, sondern indem man ihm die potenziellen Gründe nimmt, die Vereinigten Staaten anzugreifen.

**Wenn Biden entschlossen handelt, wird er aus seinen ersten sechs Monaten hervorgehen und den Griff der alten strategischen Logik gebrochen haben.**

Es wird für die Biden-Administration schwieriger sein, in den Beziehungen zu Russland und insbesondere zu China Zurückhaltung zu üben. Es wird auch wichtiger sein, damit sich das Versagen der US-Politik, das den Nahen Osten in den letzten zwei Jahrzehnten heimgesucht hat, in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht auf Europa und Ostasien ausweitet. Biden hat bereits signalisiert, dass er mit Peking im Bereich der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt und mit Moskau bei der Rüstungskontrolle zusammenarbeiten möchte. Aber diese lobenswerten Ziele werden letztlich durch das starre Festhalten an der großstrategischen Vorrangstellung überlagert werden, mit der die Vereinigten Staaten, die jede Region dauerhaft dominieren wollen, einen intensiven Sicherheitswettbewerb mit aufstrebenden oder durchsetzungsfähigen Mächten anheizen.

Biden kann frühzeitig klare Prioritäten setzen, indem er das sich selbst erfüllende Konstrukt der letzten Regierung vom "Großmächte-Wettbewerb" abschafft. Seine erste Nationale Sicherheitsstrategie sollte anerkennen, dass [Pandemien](#) und der [Klimawandel](#) weitaus direktere Bedrohungen für die amerikanische Öffentlichkeit darstellen als das Gespenst eines bewaffneten Angriffs durch rivalisierende Staaten. Darüber hinaus sollte sie hervorheben, dass China als zweitgrößte Weltmacht und führender Produzent von kohlenstoffarmen Energietechnologien ein [wesentlicher Partner](#) bei der Bewältigung beider Herausforderungen bleibt.

Um Antagonismen zu begrenzen, die kontraproduktiv für die Interessen der USA sind, sollte Biden den [wachsenden Forderungen](#) widerstehen, sich explizit auf einen Krieg mit China zur Verteidigung Taiwans festzulegen. Er sollte dazu übergehen, die militärische Strategie der USA in Ostasien neu zu gestalten. Anstatt Dominanz auszuüben, sollten die USA ihre Verbündeten und Partner ausrüsten, um China [die Vorherrschaft](#) über Wasserstraßen und den Luftraum zu [verweigern](#). In Europa sollte er die NATO-Erweiterung stoppen und mit einer drei Jahrzehnte währenden Expansion brechen, die die Vereinigten Staaten mit ungerechtfertigten Verpflichtungen belastet, die Beziehungen zu Russland beschädigt und die europäische Initiative erstickt hat. Durch eine umsichtige Zurückhaltung können die

Vereinigten Staaten mit China und Russland koexistieren und die richtige Mischung aus Wettbewerb und Zusammenarbeit finden, wie es die Interessen der USA erfordern. Die Alternative ist, den Rest des 21. Jahrhunderts damit zu verbringen, konfliktreiche Beziehungen zu garantieren, einen Großmächtekrieg zu riskieren und inländische Investitionen zu verdrängen.

## **DEMOKRATIE IN AMERIKA**

Die Vereinigten Staaten stehen vor existenziellen Herausforderungen im eigenen Land, wie Biden zu schätzen weiß. Sein [nationaler Sicherheitsberater](#), Jake Sullivan, hat [versprochen](#), jede Politik "nach einer grundlegenden Frage zu beurteilen: Wird dies das Leben besser, einfacher, sicherer machen, für Familien in diesem Land?" Das amerikanische Volk braucht jeden Teil seiner Regierung, der daran arbeitet, sein Leben zu verbessern und seine Demokratie zu stärken. Eine große Strategie des bewaffneten Primats bewirkt das Gegenteil. Sie erhält die Feindseligkeit gegenüber der Welt aufrecht, schürt Ängste vor Fremden und vermeintlichen inneren Feinden und verschwendet Jahr für Jahr mehr als die Hälfte der Bundesausgaben für das Pentagon. Es schränkt die inländische Erneuerung ein.

Aus dem gleichen Grund hat Biden eine überraschende Chance. Er würde die nationale Einheit fördern, indem er die US-Truppen im Ausland zurückzieht. Volle [zwei Drittel der Veteranen](#), wie die breitere Öffentlichkeit, unterstützen alle US-Truppen nach Hause aus Afghanistan und dem Irak zu bringen. Es ist endlich an der Zeit, die Forderung der Öffentlichkeit zu erfüllen, weniger Nation-Building im Ausland und mehr Aufbauarbeit in Amerika zu leisten. Die Vereinigten Staaten bleiben eine unverzichtbare Nation - für ihr Volk. Nur wenn sie ihnen dienen, können sie eine verantwortungsvolle Rolle in der Welt spielen.

<https://www.foreignaffairs.com/articles/afghanistan/2020-02-10/price-primacy>

### **Der Preis der Vorrangstellung Warum Amerika die Welt nicht dominieren sollte Von [Stephen Wertheim](#) [März/April 2020](#)**

Der Zusammenbruch der Sowjetunion offenbarte den Bankrott des internationalen Kommunismus. Mit der Zeit offenbarte das Fehlen eines Gegners aus dem Kalten Krieg auch den Bankrott von Washingtons globalen Ambitionen. Befreit von großen Herausforderern, hatten die Vereinigten Staaten eine beispiellose Chance, die internationale Politik nach ihren Wünschen zu gestalten. Sie hätten sich dafür entscheiden können, in Harmonie mit der Welt zu leben, ihre Streitkräfte zurückzuziehen und sie nur für lebenswichtige Zwecke einzusetzen. Es hätte helfen können, eine Welt des Friedens aufzubauen, indem es die Gesetze und Institutionen stärkt, die den Krieg einschränken und die von den meisten anderen Staaten begrüßt werden. Von diesem Fundament der Sicherheit und des guten Willens aus hätten die Vereinigten Staaten eine Führungsrolle bei den bereits sichtbaren Herausforderungen der Zukunft übernehmen können, darunter der Klimawandel und die Konzentration von unkontrolliertem Reichtum.

Stattdessen tat Washington das Gegenteil. Es nahm eine große Strategie an, die militärische Bedrohungen und Methoden in den Vordergrund stellte, und es konstruierte eine Form der globalen Integration, die den unmittelbaren Interessen einiger weniger diente, aber die langfristigen Interessen der vielen gefährdete. Im besten Fall waren dies falsche Prioritäten. Im schlimmsten Fall machten sie die Vereinigten Staaten zu einem zerstörerischen Akteur in der Welt. Anstatt Frieden zu praktizieren und zu kultivieren, verfolgte Washington die bewaffnete Vorherrschaft und begann sinnlose Kriege in Afghanistan 2001, im Irak 2003 und in Libyen 2011. Diese Aktionen schufen mehr Feinde als sie besiegten. Sie töteten Hunderttausende von Zivilisten und überforderten eine Generation von US-Soldaten. Sie beschädigten Gesetze und Institutionen, die die Welt und die Vereinigten Staaten stabilisieren. Sie machten das amerikanische Volk weniger sicher.

Während die Vereinigten Staaten militärische Bedrohungen aufblähten und dann Ressourcen in deren Bekämpfung steckten, versagten sie auch bei der Sorge um das globale Gemeinwohl. Obwohl sie einige lobenswerte Anstrengungen zur Bekämpfung der AIDS-Pandemie und des Klimawandels unternommen haben, ist die Gesamtbilanz düster. Seit 1990 haben die Vereinigten Staaten, obwohl sie nur vier Prozent der Weltbevölkerung haben, etwa 20 Prozent des gesamten Kohlendioxids der Welt ausgestoßen, das am meisten zum Klimawandel beiträgt. Obwohl China jetzt der weltweit größte Emittent ist, sind die Pro-Kopf-Emissionen der USA immer noch mehr als doppelt so hoch wie die Chinas. Amerikanische Politiker haben abwechselnd das Problem geleugnet und nur unzureichende Schritte zu seiner Lösung unternommen. Es ist nach wie vor unklar, ob die Menschheit einen Anstieg der globalen Gesamttemperatur auf 1,5 bis 2,0 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau verhindern kann; falls nicht, könnten sich die Schäden als irreversibel erweisen und Brände, Dürren und Überschwemmungen zunehmen.

In der Zwischenzeit hat das Wirtschaftswachstum, das zum Klimawandel beigetragen hat, nicht genügend Menschen begünstigt. Es stimmt, dass die extreme Armut seit den frühen 1990er Jahren weltweit stark zurückgegangen ist. Diese spektakuläre Errungenschaft ist im Wesentlichen das Ergebnis des Wachstums in China und Indien, und zwar zu Bedingungen, die von den Vereinigten Staaten zwar akzeptiert, aber kaum definiert wurden. Im gleichen Zeitraum ist jedoch der Anteil des Einkommens, der auf das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung entfällt, stetig gestiegen, während der Anteil der unteren 50 Prozent stagniert hat. Der Rest der Welt, einschließlich der großen Mehrheit der Amerikaner, hat sogar an Boden verloren. Der Reichtum ist jetzt so konzentriert, dass schätzungsweise 11,5 Prozent des globalen BIP im Ausland liegen, unbesteuert und unverantwortlich. Die populistischen Revolten der letzten Jahre waren ein vorhersehbares Ergebnis. Und die amerikanische Führung trägt die direkte Verantwortung für diese Ergebnisse, da sie eine Wirtschaftsordnung angeführt hat, die das Kapital an die erste Stelle setzt.

US-Präsident Donald Trump stellt sich oft so dar, als würde er mit dem Grundmuster der jüngeren amerikanischen Außenpolitik brechen. Viele seiner Kritiker sehen das auch so. In Wahrheit hat Trump die Agenda seiner Vorgänger aus der Zeit nach dem Kalten Krieg fortgeführt und sogar noch verschärft: keine Kosten für militärische Hegemonie scheuen und wenig für das Klima der Erde oder das Wohlergehen aller, die nicht wohlhabend sind, übrig haben. Trump zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass er diese Agenda als nationale Aggrandizierung und nicht als weitsichtige internationale Führung beschreibt. In dieser Hinsicht hat er einen Punkt.



Washingtons Strategie nach dem Kalten Krieg ist gescheitert. Die Vereinigten Staaten sollten das Streben nach einer bewaffneten Vormachtstellung zugunsten des Schutzes des Planeten und der Schaffung von mehr Möglichkeiten für mehr Menschen aufgeben. Sie brauchen eine große Strategie für die Vielen.

## **DIE KRIEGSMASCHINE**

Sowohl Befürworter als auch Kritiker der amerikanischen Grand Strategy nach dem Kalten Krieg haben das Projekt "liberale Hegemonie" getauft. Aber die amerikanischen Ziele und Methoden waren immer eher hegemonial als liberal. Trotz unterschiedlicher Auffassungen darüber, ob und wie der Liberalismus zu fördern sei, haben sich die US-Politiker fast drei Jahrzehnte lang auf die Prämisse geeinigt, die die Planer des Pentagons 1992 aufstellten: Die Vereinigten Staaten sollten eine militärische Überlegenheit aufrechterhalten, die so überwältigend war, dass sie Verbündete und Rivalen gleichermaßen davon abhielt, Washingtons Autorität in Frage zu stellen. Diese Überlegenheit wurde schnell zu einem Selbstzweck. Durch das Streben nach Dominanz statt bloßer Verteidigung stürzte die Strategie der Vorherrschaft die Vereinigten Staaten in eine Abwärtsspirale: Amerikanische Aktionen erzeugten Widersacher und Feinde, die wiederum die Verfolgung der Vorherrschaft gefährlicher machten.

Für den größten Teil der 1990er Jahre blieben die Kosten dieser Strategie etwas verborgen. Da Russland geplättet und China arm war, konnten die Vereinigten Staaten gleichzeitig ihre Verteidigungsausgaben senken und die NATO erweitern, militärische Interventionen im ehemaligen Jugoslawien starten und zum ersten Mal Zehntausende von Truppen im Nahen Osten stationieren. Doch gegen Ende des Jahrzehnts begann die Dominanz der USA Rückwirkungen zu zeigen. Osama bin Laden und seine Al-Qaida-Terroristengruppe erklärten den Vereinigten Staaten 1996 den Krieg und nannten die Präsenz des US-Militärs in Saudi-Arabien als Hauptgrund für ihren Unmut; zwei Jahre später bombardierte Al-Qaida die US-Botschaften in Kenia und Tansania und tötete 224 Menschen. Die US-Politiker ihrerseits übertrieben bereits die Bedrohung durch schwache "Schurkenstaaten" und bereiteten sich auf ehrgeizige Militärinterventionen zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten vor. Diese Pathologien prägten Washingtons übermäßig militarisierte Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001, als die Vereinigten Staaten in aufeinanderfolgende Konflikte gerieten, in denen ihre Fähigkeiten und Interessen nicht über die der lokalen Akteure hinausgingen. Das Ergebnis war ein endloser Krieg.

Nun, da die Vereinigten Staaten sich aus dem Nahen Osten zurückziehen, wächst China zu einer wirtschaftlichen und politischen Macht heran und Russland behauptet sich als Spielverderber. Dieses Ergebnis ist genau das, was der Primat eigentlich verhindern sollte. Der Aufstieg eines Beinahe-Konkurrenten stellt nicht unbedingt eine ernste Gefahr für die Vereinigten Staaten dar, deren nukleare Abschreckung sie vor Angriffen schützt. Aber das Festhalten an dem Traum einer nie endenden Vormachtstellung wird für Ärger sorgen, da es die Eindämmung von Rivalen erzwingt und im Gegenzug Unsicherheit und Aggression provoziert. China hat bisher noch keinen kostspieligen Versuch unternommen, die militärische Vorherrschaft in Ostasien, geschweige denn in der Welt, zu erlangen, aber das Vorgehen der USA könnte Peking in diese Richtung drängen.

## **ÜBERNAHME DER KOSTEN**

Das Primat hat nicht nur darin versagt, Sicherheit im engeren Sinne zu bieten. Sie hat auch der Umwelt geschadet, die wirtschaftlichen Interessen der meisten Amerikaner untergraben und die Demokratie destabilisiert. Das US-Militär verbraucht mehr Öl und produziert mehr Treibhausgase als jede andere Institution auf der Erde, so das Costs of War Project der Brown University. Im Jahr 2017 übertrafen die Emissionen des US-Militärs die ganzer Industrieländer, wie Dänemark und Schweden.

Auch bietet die Vormachtstellung keinen wirtschaftlichen Nettonutzen. Von den 1940er bis zu den 1960er Jahren schmierte die militärische Vorherrschaft der USA den internationalen Kapitalismus, indem sie den Kommunismus eindämmte und die Expansion des Dollars erleichterte, an den alle anderen Währungen gekoppelt waren. Aber nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Währungssystems und dann der Sowjetunion wurden die Währungen frei gehandelt und die globalen Märkte integriert. Infolgedessen wurde die militärische Stärke der USA weitgehend von der internationalen Wirtschaftsordnung abgekoppelt. Heute beruht der Status des US-Dollars als Reservewährung, die es den Amerikanern erlaubt, sich billig zu verschulden, größtenteils auf der Pfadabhängigkeit, der Stabilität der Währung und dem Mangel an attraktiven Alternativen - Faktoren, die nicht mehr auf der globalen Projektion von US-Macht beruhen, die ursprünglich dazu beitrug, sie zu etablieren. Und das Streben nach Vorrangigkeit führt nun dazu, dass die Vereinigten Staaten ihre eigene finanzielle Position untergraben, indem sie unnötige Feindseligkeiten mit Staaten wie dem Iran aufrechterhalten, ihnen lähmende Sanktionen auferlegen und Dritte, die den Dollar verwenden, zwingen, diesem Beispiel zu folgen. Diese Aktionen haben die europäischen Staaten gezwungen, nach Alternativen zum Dollar zu suchen, und haben den Anteil des Dollars an den weltweiten Devisenreserven sinken lassen.

### **Das US-Militär ist teurer als die nächsten sieben größten Streitkräfte zusammen.**

Das US-Militär trägt zum globalen Handel bei, indem es die Seewege schützt, durch die Waren (einschließlich Öl) fließen. Dafür ist jedoch keine weltumspannende Dominanz erforderlich; es braucht effektive Partner vor Ort, die die täglichen Aufgaben erledigen, mit einer leichten US-Luft- und Marinepräsenz, die verstärkt werden kann, wenn diese Partner eine echte Herausforderung für die maritime Sicherheit nicht bewältigen können. Unabhängig von den wirtschaftlichen Vorteilen, die eine Vorrangstellung indirekt mit sich bringen mag, steht fest, dass die Vereinigten Staaten Jahr für Jahr die Hälfte ihres Bundeshaushalts für ein Militär ausgeben, das teurer ist als die sieben nächstgrößten Streitkräfte zusammen. Militärausgaben sind einer der am wenigsten effizienten Wege, um Arbeitsplätze zu schaffen, und rangieren hinter Steuersenkungen und Ausgaben für Bildung, Gesundheitsfürsorge, Infrastruktur und saubere Energie. Die geschätzten 6,4 Billionen Dollar, die bisher in den "Krieg gegen den Terror" geflossen sind, hätten Gemeinden in den Vereinigten Staaten wieder aufbauen können, die durch die Finanzkrise und die darauf folgende Rezession verwüstet wurden. Jetzt nehmen viele Mitglieder dieser Gemeinden den politischen Eliten übel, die sie zerbröckeln ließen.

Das Primat hat auch das politische System der USA korrumpiert, das wiederum unverantwortliche Führer hervorgebracht hat, die die Macht des Primats ausüben. Während des Kalten Krieges hat die Notwendigkeit, einem bedrohlichen Gegner entgegenzutreten, manchmal dazu beigetragen, unterschiedliche politische Fraktionen und soziale Gruppen in den Vereinigten Staaten zu vereinen. Das Streben nach Vormachtstellung nach dem Kalten Krieg bietet einen perversen Kontrast. Die Vereinigten Staaten haben sich ein Kaleidoskop ausländischer Feinde zugelegt, die von US-Beamten und den Massenmedien dazu ermutigt wurden, die amerikanische Öffentlichkeit zu fürchten und zu bestrafen. Es ist nicht verwunderlich, dass im zweiten Jahrzehnt des Krieges gegen den Terror ein Demagoge in der Lage war, den Hass auf Ausländer zu einer Prämisse zu machen, die ihn zur Präsidentschaft trieb und das Land noch weiter spaltete.

## **WIE MAN DIE GLOBALISIERUNG IN DEN GRIFF BEKOMMT**

Die Amerikaner und ihre Führer müssen jetzt handeln, um die Abwärtsspirale des Primats zu beenden. Dies wird nicht erfordern, die vertrauten Definitionen der grundlegenden US-Interessen umzustoßen: Sicherheit für die Nation und ihre Menschen, Wohlstand für alle und die Erhaltung der konstitutionellen Republik. Aber diese Interessen müssen auf die nationalen und internationalen Realitäten des Jahres 2020 bezogen werden, und nicht auf die des Jahres 1947.

Die Vereinigten Staaten sollten versuchen, die Globalisierung in eine regierbare und nachhaltige Kraft umzuwandeln, eine, die die Umwelt schützt, den Wohlstand gerecht verteilt und den Frieden fördert. Eine solche Agenda würde die Amerikaner zusammenbringen und ihr Land in einen gesunden Einklang mit dem Rest der Welt bringen. Der Klimawandel betrifft jeden, und zwei der wenigen Trends, die beide politischen Parteien in den USA gemeinsam haben, sind die wachsende Unterstützung für wirtschaftlichen Progressivismus und eine tiefe Abneigung gegen militärische Interventionen. Eine Strategie zur Transformation der Globalisierung würde auch die gegenwärtige Sackgasse zwischen "America first"-Nationalismus und der Nostalgie für die US-geführte "liberale internationale Ordnung" überwinden. Ersteres ist unerbittlich feindselig gegenüber der Außenwelt (und schadet den Vereinigten Staaten, indem es sie in Opposition zu anderen definiert, statt in Bezug auf sich selbst und ihre Interessen). Letztere lässt die Interessen der USA in einer vagen Abstraktion verschwinden (und schadet der Welt, indem sie alle der Führung der USA unterordnet). Ein besserer Ansatz wäre es, sich auf definierbare Interessen und große Bedrohungen zu konzentrieren, die wirklich grenzüberschreitendes Handeln erfordern.

An erster Stelle steht dabei der Klimawandel. Nichts verdeutlicht die Rückständigkeit der US-Prioritäten besser als die Tatsache, dass Washington mindestens 81 Milliarden Dollar pro Jahr für sein Militär ausgibt, um die reichliche Versorgung mit billigem Öl rund um den Globus sicherzustellen, so Securing America's Future Energy, eine Interessengruppe für saubere Energie. Die Vereinigten Staaten sollten daran arbeiten, die Abhängigkeit der Welt von fossilen Brennstoffen zu verringern, anstatt sie zu untermauern.

Noch hat die Welt eine Chance, die schlimmsten Klimafolgen abzuwenden. Um die Weichen zu stellen, sollten die Vereinigten Staaten ihre Marktmacht und ihren internationalen Einfluss nutzen. Im eigenen Land sollten sie die Investitionen in die

Forschungs- und Entwicklungsabteilung des Energieministeriums deutlich erhöhen, Steuern auf Hersteller und Importeure von kohlenstoffemittierenden Brennstoffen erheben und die Gutschriften für Elektrofahrzeuge und andere erneuerbare Energien ausweiten. Gleichzeitig sollten die USA eine Reihe von umweltfreundlichen Regulierungsstandards einführen, um den Zugang ausländischer Unternehmen zu ihrem großen Markt an Bedingungen zu knüpfen, ähnlich wie die Anforderungen an die Auspuffemissionen, die die Obama-Regierung für importierte Autos eingeführt hat.

Auf globaler Ebene sollten die Vereinigten Staaten viel weitreichendere Ergebnisse anstreben als die freiwilligen nationalen Emissionsstandards, die durch das Pariser Klimaabkommen von 2015 festgelegt wurden. Nach dem erneuten Beitritt zu diesem Abkommen sollte Washington das Kigali-Amendment zum Montreal-Protokoll ratifizieren, das eine weitgehende Begrenzung der Verwendung von Fluorkohlenwasserstoffen fordert, und darauf bestehen, dass multilaterale Entwicklungsagenturen wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank nur solche Projekte unterstützen, die zu weniger Emissionen führen würden.

Die Vereinigten Staaten sollten auch die Industrieländer dazu bewegen, den Entwicklungsländern Technologie und Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um fossile Brennstoffe zu umgehen. Zwang wird weniger effektiv und weniger gerecht sein als Bereitstellung. Washington kann diese Initiative ankurbeln, indem es mindestens 200 Milliarden Dollar in den Grünen Klimafonds der UN investiert und Gespräche über einen Schuldenerlass mit Ländern des globalen Südens eröffnet.

### **Die Vereinigten Staaten sollten die Globalisierung in eine regierbare und nachhaltige Kraft verwandeln.**

Ein Knackpunkt wäre China, das bei weitem das meiste Kohlendioxid aller Länder ausstößt - mehr als ein Viertel des weltweiten Gesamtausstoßes - aber auch weltweit führend in der Massenproduktion von kohlenstoffarmen Energietechnologien ist. Die höchste Priorität in den US-Beziehungen zu China sollte darin bestehen, das chinesische Verhalten grüner zu gestalten, ein Ziel, das eine Politik der Eindämmung im Stil des Kalten Krieges ausschließen würde. Washington sollte Peking ermutigen, erneuerbare Technologien weiter zu innovieren, zum Teil durch verstärkte US-Forschung und -Entwicklung, und sollte China dazu drängen, diese Technologien in der heimischen Energieproduktion und in der internationalen Entwicklungspraxis einzusetzen.

Eine neue US-Strategie würde die Weltwirtschaft nicht nur grüner machen, sondern auch demokratisieren. Wie Joseph Stiglitz, Todd Tucker und Gabriel Zucman kürzlich auf diesen Seiten argumentierten, sollte der nächste US-Präsident eine Kampagne zur Bekämpfung der weltweiten Steuerflucht starten, indem er ein globales Register unterstützt, das die wahren Eigentümer aller Vermögenswerte offenlegt, und indem er Unternehmen daran hindert, Geld in Tochtergesellschaften in Niedrigsteuerländern zu verschieben. Allein diese Maßnahmen würden die Steuereinnahmen der USA um etwa 15 Prozent erhöhen. Noch mehr Einnahmen würden sich aus der Einführung einer globalen Mindeststeuer ergeben, um den Wettlauf nach unten in Steueroasen zu beenden. Washington könnte diese Einnahmen nutzen, um sicherzustellen, dass die US-Arbeiter von der Abkehr von fossilen Brennstoffen profitieren. Auf diese

Weise würden Umweltschutz, wirtschaftliche Gerechtigkeit und die Wiederherstellung des Vertrauens in die Regierung im Gleichschritt voranschreiten.

## **WIE MAN ENDLOSE KRIEGE BEENDET - UND KEINE NEUEN BEGINNT**

Es wird jedoch nicht ausreichen, umweltpolitische und sozialdemokratische Initiativen einfach auf das militärische Primat der USA zu stützen, in dessen Rahmen sich die Vereinigten Staaten formell verpflichtet haben, etwa ein Drittel der Länder der Welt zu verteidigen (und informell Dutzende mehr) und einen Archipel von mehr als 800 ausländischen Stützpunkten zu unterhalten. Die Vereinigten Staaten werden auch ihre Außenpolitik entmilitarisieren müssen.

Der wesentliche erste Schritt wäre, die Ära der kostspieligen und kontraproduktiven Kriegsführung zu beenden, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 begann. Die Vereinigten Staaten sollten ihre Luft- und Bodentruppen innerhalb von 12 bis 18 Monaten aus Afghanistan und noch früher aus dem Irak und Syrien abziehen. Sie sollten diese Truppen nach Hause bringen, anstatt sie anderswo in der Region neu zu positionieren. Washington sollte natürlich versuchen, die bestmöglichen Lösungen für die Konflikte an diesen Orten auszuhandeln, und es sollte die afghanischen und irakischen Regierungen weiterhin unterstützen, nachdem es ihnen die entsprechenden Einrichtungen und Geräte übergeben hat. Aber die Vereinigten Staaten sollten sich aus diesen Konfliktzonen auch dann zurückziehen, wenn es keine glaubwürdigen Vereinbarungen zur Beendigung der Kämpfe gibt. Washington fehlt das Druckmittel, um zu fordern, was es in zwei Jahrzehnten der Kriegsführung nicht durchsetzen konnte. Obwohl ein Rückzug die Verbündeten und Partner der USA kurzfristig zurückwerfen kann, muss die Region ihr eigenes Kräftegleichgewicht finden, um auf Dauer Frieden und Stabilität zu erreichen.

In der Tat rechtfertigt keine strategische Logik die Fortsetzung des Krieges gegen den Terror, der sich selbst perpetuiert, indem er neue Feinde produziert. Deshalb wäre eine rasche und umfassende Beendigung am besten. Wenn es zu bedeutenden Angriffen kommt, sollten die Vereinigten Staaten militärisch reagieren, aber mit klaren Einschränkungen, wen, wo und wie lange sie bekämpfen können. Ihre Führer sollten aus der Zurückhaltung eine politische Tugend machen und erklären, dass die Vereinigten Staaten Terroristen zum Teil dadurch besiegen werden, dass sie die Art von wahllosen Angriffen vermeiden, die Militante ausnutzen, um ihre Kassen zu füllen und neue Rekruten zu gewinnen.

### **Keine strategische Logik rechtfertigt die Fortführung des Krieges gegen den Terror.**

Dementsprechend sollte der nächste Präsident die sogenannten gezielten Tötungsoperationen drastisch reduzieren. "Signature Strikes", bei denen Drohnen auf nicht identifizierte Personen zielen, sollten sofort eingestellt werden, weil sie unwürdige Ziele treffen, unschuldige Zivilisten töten und Rückschläge verursachen. Jeder verbleibende Einsatz von Drohnenangriffen sollte einer wörtlicheren Auffassung von "unmittelbarer Bedrohung" unterliegen als der dehnbaren Definition, die von der Obama-Administration angewandt und von Trump weiter herabgesetzt wurde. Der Kongress sollte seinerseits die nach dem 11. September 2001

verabschiedete Ermächtigung zum Einsatz militärischer Gewalt durch eine weitaus engere Version ersetzen, die es dem Präsidenten erlaubt, Gewalt gegen bestimmte Organisationen, in bestimmten Ländern und für einen bestimmten Zeitraum einzusetzen, und tödliche Operationen gegen alle anderen verbietet. Der Kongress kann den Präsidenten auch davon abhalten, ungesetzliche Angriffe zu starten, indem er US-Bundesgerichte ermächtigt, nachträgliche Klagen im Namen von Opfern zu prüfen.

Über die Beendigung des Krieges gegen den Terror hinaus sollten sich die Vereinigten Staaten auch von unnötigen Feinden trennen, insbesondere von schwachen Staaten, die die Vereinigten Staaten nicht bedrohen würden, wenn sie nicht eine kriegerische Haltung ihnen gegenüber einnehmen würden. Nehmen Sie Nordkorea. Washington sollte sich von der Fantasie verabschieden, dass das Regime von Kim Jong Un aufgrund von Druck von außen vollständig denuklearisiert wird; stattdessen sollten die USA versuchen, die Beziehungen zu Nordkorea zu normalisieren und Frieden auf der Halbinsel zu schaffen. Dies würde einen schrittweisen Prozess erfordern, in dem die USA gemeinsam mit ihren Partnern die Sanktionen aufheben und Entwicklungshilfe anbieten, wenn Nordkorea im Gegenzug Maßnahmen zur Rüstungskontrolle akzeptiert, einschließlich der Begrenzung seines Atomwaffenarsenals, der Einstellung von Raketentests und anderer kriegerischer Handlungen sowie der Zulassung von UN-Inspektionen. Dieser Kurs bietet die beste Möglichkeit, der nuklearen Bedrohung zu begegnen: Er würde Nordkoreas Absichten weniger antagonistisch machen und seine Fähigkeiten so weit wie möglich einschränken. Es wäre auch unwahrscheinlich, dass Japan und Südkorea, die nun schon seit 14 Jahren mit Nordkoreas nuklearer Fähigkeit leben, eine Proliferation auslösen. Obwohl einige versucht sein mögen, die Nukleardiplomatie von Verbesserungen der Menschenrechtslage in Nordkorea abhängig zu machen, werden die Verstöße des Regimes wahrscheinlich nur dann signifikant abnehmen, wenn es sich nicht mehr als belagert empfindet.

Der Iran ist ein weiterer Feind, den es zu verlieren gilt. Die Vereinigten Staaten sollten ihren Groll gegen die Islamische Republik beenden, indem sie die Sanktionen aufheben und sich wieder an den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan halten, das Atomabkommen, das Washington und andere Großmächte mit Teheran ausgehandelt haben. Dieses Abkommen hat nicht nur bewiesen, dass Diplomatie mit dem Iran möglich ist, sondern auch, dass sie die effektivste Methode ist, um bilaterale Spannungen abzubauen. Der Durst nach Rache, der die US-Politik gegenüber dem Iran unter Trump zu bestimmen scheint, ist kein legitimes Interesse der USA. In der Tat würde kein US-Interesse - nicht einmal das Ziel, den Iran an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern - einen Krieg mit dem Iran rechtfertigen, da die Diplomatie mit Teheran funktioniert hat.

Im Rest der Region sollte sich Washington von der Maxime "keine dauerhaften Freunde, keine dauerhaften Feinde" leiten lassen. Es sollte die Beziehungen zu Partnern wie Saudi-Arabien zurückstufen und deutlich machen, dass sie für ihre Verteidigung selbst verantwortlich sind. Die Vereinigten Staaten sollten fast alle ihre Militärbasen in der Region schließen. Die Beibehaltung von ein oder zwei Stützpunkten für Luft- und Seestreitkräfte, vielleicht in Bahrain und Katar, würde Washington das geben, was es braucht: die Fähigkeit, den Zugang zur maritimen Gemeinschaft zu sichern, sollte eine ernsthafte Bedrohung entstehen, die die regionalen Akteure nicht selbst bewältigen können. Generell sollten die Vereinigten

Staaten aufhören, in Streitigkeiten wie dem jemenitischen Bürgerkrieg und dem israelisch-palästinensischen Konflikt als Parteigänger aufzutreten; sie würden mehr zur Lösung dieser Kämpfe beitragen, wenn sie sich auf die Diplomatie verlassen würden, ohne Partei zu ergreifen.

## **WIE MAN MIT CHINA UND RUSSLAND UMGEHT**

In den letzten drei Jahren haben die Trump-Administration und eine Flotte von Verteidigungsanalysten eine Strategie des "Großmächte Wettbewerbs" vorgeschlagen, die im Allgemeinen die geopolitischen Auseinandersetzungen im Dienste der Maximierung der militärischen Macht Washingtons verschärfen würde. Genau das Gegenteil ist notwendig. Der Wettbewerb zwischen den Großmächten ist unvermeidlich, aber er sollte ein Nebenprodukt der zugrunde liegenden Interessen sein und ist für sich genommen kaum wünschenswert. Während die Vereinigten Staaten versuchen, China und Russland zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Regelung der globalen Finanzen zu bewegen, sollten sie kostspielige militärische Rivalitäten und ruinöse Großkriege vermeiden. Washington sollte daher seine vorwärtsgerichtete Militärpräsenz sowohl in Asien als auch in Europa deutlich reduzieren, sich aber die Fähigkeit zum Eingreifen bewahren, wenn eine der beiden Mächte wirklich droht, ein feindlicher Hegemon in ihrer Region zu werden.

Trotz der zunehmenden Besorgnis in Washington ist China nicht bereit, Ostasien mit Gewalt zu dominieren. Die Volksbefreiungsarmee, die im groben Verhältnis zu Chinas Wirtschaft gewachsen ist, konzentriert sich weiterhin auf lokale Belange: die Verteidigung des chinesischen Festlandes, die Beilegung von Streitigkeiten über kleine Grenzgebiete und Inseln und die Vorherrschaft in dem, was China als seinen ungelösten Bürgerkrieg mit der Regierung in Taiwan betrachtet. Eine neue Regierung sollte die Überreaktionen ihrer Vorgänger auf die chinesische Militärexpansion aufgeben. Um einen ernsthaften Konflikt im Südchinesischen Meer zu verhindern, wo Pekings Interessen die Washingtons überwiegen, sollten sich die USA aus den maritimen Zuständigkeitsstreitigkeiten zurückziehen und die Navigationsfreiheit und Überwachung in der Nähe der umstrittenen Inseln einstellen. Es ist es nicht wert, China wegen solcher Fragen zu verärgern.

### **China ist nicht darauf aus, Ostasien mit Gewalt zu dominieren.**

Die Möglichkeit, dass China angriffslustiger werden könnte, wenn es weiterhin stärker wird, ist eine berechtigte Sorge. Um dieser Möglichkeit Rechnung zu tragen, ohne Maßnahmen zu ergreifen, die sie wahrscheinlicher machen, sollte Washington die Verteidigung der US-Verbündeten in Asien auf eine Weise stärken, die China nicht provoziert. Die USA können ihre Verbündeten mit so genannten "Anti-Access/Area-Denial"-Fähigkeiten ausstatten, wie z.B. verbesserte Überwachungs- und Raketensysteme, die jeden chinesischen Angriff stark behindern würden, ohne eine offensive Haltung zu signalisieren. Das Land könnte dann seine Offensivwaffen zurückziehen. In Taiwan würde ein solcher Ansatz das langjährige Ziel der USA erfüllen, einen friedlichen Status quo zu bewahren, eine chinesische Invasion abzuschrecken und gleichzeitig Taiwan von dem Gedanken abzubringen, es könne seine Unabhängigkeitsbestrebungen mit US-Kräften unterstützen.

In diesem Fall hätten die USA noch genügend Zeit, ihre Streitkräfte zu mobilisieren und einzusetzen, falls China kriegerisch werden sollte. Für den Moment muss Washington ein ernsthaftes Angebot machen, um Pekings Kooperation bei Kernzielen zu sichern, insbesondere beim Klimawandel. Der Versuch, China einzudämmen, wäre ein schwerer Fehler, der die Feindschaft Chinas garantiert und Ressourcen in die militärische Eskalation statt in die Umweltkooperation lenkt. Die Vereinigten Staaten sollten der gegenwärtigen Gefahr eines unbewohnbaren Planeten eindeutig Vorrang vor der spekulativen und überschaubaren Aussicht auf einen aggressiven Konkurrenten einräumen.

Auch die Beziehungen der USA zu Russland müssen neu gestaltet werden. Russland, mit einer Wirtschaft, die kleiner ist als die Italiens, ist kein glaubwürdiger Anwärter auf die Hegemonie in Europa und muss keine Sicherheitsbedrohung für die Vereinigten Staaten darstellen. Die Tatsache, dass laut einer Gallup-Umfrage vom letzten Jahr eine Mehrheit der Amerikaner Russland als "kritische Bedrohung" ansieht, zeugt von jahrzehntelangem Versagen der Politik, einschließlich der Provokationen der USA (NATO-Erweiterung und gesetzeswidrige amerikanische Militärinterventionen) und der Feindseligkeit Russlands (die in seiner Einmischung in die US-Wahlen 2016 gipfelte). Der nächste US-Präsident sollte diesen Zyklus beenden, indem er eine Politik verfolgt, die Russlands konsequente Sichtweise seiner vitalen Interessen respektiert: die Erhaltung seines Regimes, die Vermeidung feindlicher Regierungen in seinem "nahen Ausland" und die Teilnahme an zentralen europäischen Sicherheits- und diplomatischen Diskussionen.

Da diese Ziele mit den Interessen der USA übereinstimmen, sollten die Vereinigten Staaten die russischen Bedenken dadurch zerstreuen, dass sie die NATO-Erweiterung beenden und den bestehenden Antrag der Ukraine auf Mitgliedschaft in der Allianz ablehnen. Anschließend sollten sie in Absprache mit ihren Verbündeten einen zehnjährigen Abzug der in Europa stationierten US-Truppen einleiten. Die meisten dieser Truppen sollten in die Vereinigten Staaten zurückkehren, obwohl einige Luft- und Seestreitkräfte mit der Zustimmung ihrer Gastgeber bleiben könnten. Darüber hinaus sollten die Vereinigten Staaten Russland und die Ukraine ermutigen, eine Vereinbarung zu treffen, wonach Russland die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine und der Ukraine einstellen und die Vereinigten Staaten die Krim als Teil Russlands anerkennen würden. Eine solche Einigung würde es den Vereinigten Staaten ermöglichen, viele ihrer Sanktionen gegen Russland aufzuheben und den Grundstein für anständige Beziehungen zu legen.

Diese Maßnahmen sind nicht nur in den Interessen der USA verwurzelt, sondern würden auch dazu dienen, Russland in Sicherheitsfragen zu beruhigen, da sich die beiden Mächte mit dem Klimawandel und finanzieller Korruption auseinandersetzen. Russland ist auf Öl- und Gaseinnahmen angewiesen, und einige Russen glauben, dass ihr Land oder die Teile davon, die auftauen, von der Erwärmung kommerziell profitieren werden. Russland ist auch weltweit führend in Sachen Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Keine US-Strategie wird Russland von Petrodollars oder Kleptokratie entwöhnen. Durch die Minimierung von Reibungspunkten würde Washington jedoch die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Moskau seinen Widerstand gegen internationale Klima- und Finanzkampagnen mildert. Dies könnte letztlich sogar die Tür zu einem für beide Seiten vorteilhaften Austausch durch wissenschaftliche Forschung und den Transfer von grünen Technologien öffnen.



Zumindest würde ein militärischer Rückzug der USA dazu beitragen, dass Russland nicht aufgrund des internationalen Drucks verzweifelt und aggressiv wird.

## **DIE AUSWAHL**

Es ist an der Zeit, dem unipolaren Moment Lebewohl zu sagen. Über drei Jahrzehnte haben die Vereinigten Staaten ihre militärischen Einsätze und Verpflichtungen bis zur Belastungsgrenze ausgeweitet. Ihr schlechter Umgang mit der Globalisierung hat die einfachen Amerikaner und das Klima der Erde in eine ähnliche Lage gebracht. Um ihren Kurs zu korrigieren, sollten die Vereinigten Staaten die bewusste Entscheidung treffen, sich militärisch zurückzuziehen - um eine Welt aufzubauen, die bewohnbar, regierbar und wohlhabend ist.

Die Vereinigten Staaten müssen ihre Macht und ihren Einfluss nutzen, um Herausforderungen anzunehmen, die Bomben und Kugeln nicht lösen können. Dies ist eine Aufgabe für Grand Strategy im weitesten Sinne. Mehr als das, es ist eine Aufgabe für die Politik. Eine Grand Strategy für die Vielen muss von den Vielen gefordert werden, damit ihre Führer das Gemeinwohl verfolgen.

STEPHEN WERTHEIM ist stellvertretender Direktor für Forschung und Politik am Quincy Institute for Responsible Statecraft und Research Scholar am Arnold A. Saltzman Institute of War and Peace Studies an der Columbia University.